



jW heute mit Granma Internacional, deutsche Ausgabe

## Bündnis in Knesset

Israel nach Wahl: Premier Netanjahu fehlt nicht mehr viel zur notwendigen Mehrheit im Parlament

3

## Lula am Zug

Brasilien: Gericht bestätigt Aufhebung der Urteile gegen Expräsidenten. Siehe Kommentar Seite 8

6

## Mumia vor OP

Keine offiziellen Informationen zum Gesundheitszustand von inhaftiertem US-Bürgerrechtler

7

## Fiasko für Reaktion

Kuba: Vor 60 Jahren scheiterte die US-amerikanische Invasion in der Schweinebucht

12

# Jetzt gibt's auf den Deckel



Karlsruhe kippt Berliner Mietregulierung: Große Beteiligung bei Spontandemo gegen Macht der Immobilienkonzerne.

Von Simon Zeise und Simon Zamora Martin

Lautstark protestierten die Demonstranten am Donnerstag in Berlin

Das Urteil aus Karlsruhe ist eine Kampfansage. Nachdem das Bundesverfassungsgericht am Donnerstag den Berliner »Mietendeckel« für »nichtig« erklärt hatte, nahmen die Bewohner der Hauptstadt die Geschicke in die eigene Hand. Die Initiatoren des Volksbegehrens »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« erfahren hohen Zulauf für ihre seit dem 26. Februar laufende Unterschriftensammlung. »Wir spüren große zusätzliche Unterstützung«, sagte Mitinitiator Rouzbeh Taheri am Freitag gegenüber dpa. Seit Bekanntgabe des Beschlusses aus Karlsruhe seien Dutzende Spenden eingegangen. Zahlreiche Personen hätten sich gemeldet, um beim Sammeln von Unterschriften zu helfen. »Viele Menschen sind wütend und wollen was machen«, so Taheri.

Am Donnerstag abend waren in der Hauptstadt den Organisatoren zufolge 20.000 Menschen spontan gegen das

Urteil des Bundesverfassungsgerichtes auf die Straße gegangen. »Wenn Sie uns einen Deckel nehmen, kommen wir mit Tausenden Deckeln wieder!« lautete das Motto der Veranstalter. Unter lautem Geschepper startete der Zug am Neuköllner Hermannplatz. Die enorme Zahl der Demonstranten unterstreicht die gesellschaftliche Relevanz. An der bisher größten Demo gegen steigende Mieten im Frühjahr 2019 hatten 40.000 Menschen teilgenommen. Doch damals hatten 260 Gruppen monatelang für den Protest mobilisiert.

Die Menge am Donnerstag kochte: »Zehn Minuten nach der Urteilsverkündung haben wir einen Anruf der Hausverwaltung bekommen«, erzählte Mieterin Tamara am Rande der Demonstration gegenüber jW: »Erst vor einem halben Jahr habe ich mein 18-Quadratmeter-Zimmer gefunden. Vorher konnte ich mir nur ein Acht-

Quadratmeter-Loch leisten.« Ihre Miete steigt durch das Karlsruher Urteil jetzt von 380 auf 500 Euro. Dazu komme eine Nachzahlung von 6.500 Euro. Das Verfassungsgericht habe die Mieter »wieder zur Freiwild auf dem Wohnungsmarkt« erklärt.

Laut einer Umfrage der Berliner Sparkasse konnten 47 Prozent der Menschen, die vom »Mietendeckel« profitierten, kein Geld für mögliche Rückzahlungen sparen. Damit nicht Tausende während der Pandemie ihre Wohnung verlieren, hat der Senat versprochen, einen Härtefallfonds aufzulegen. Die Vorsitzende des Landesverbandes Berlin der Partei Die Linke, Katina Schubert, versuchte aus der Niederlage politisches Kapital zu schlagen. »Lasst uns die Bundestagswahl zur Mietwahl machen«, schrieb sie am Freitag auf Twitter. Der frühere Parteivorsitzende Gregor Gysi setzte stur auf »Weiter so«. Er

sehe für die Bundestagswahlen einen »klaren kollektiven Auftrag« für SPD, Grüne und Linkspartei.

Der Berliner Senat sendete am Donnerstag abend noch eine weitere Botschaft an die Demonstranten: Kurz bevor die letzten Teilnehmer das Kottbusser Tor erreichten, begann die Polizei mit Angriffen auf Versammlungsteilnehmer. Offiziellen Angaben zufolge wurden 48 Personen festgenommen und Strafermittlungsverfahren gegen sie eingeleitet.

Die Immobilienkonzerne freut es. Deutschlands größter Wohnungswalter Vonovia konnte am Freitag glanzvolle Wachstumszahlen vorweisen. Konzernchef Rolf Buch offerierte den Aktionären auf der Hauptversammlung eine Steigerung der Dividende um acht Prozent. Der operative Gewinn stieg um mehr als zehn Prozent auf 1,35 Milliarden Euro. Karlsruhe garantiert die Profite.

## Moskau begrüßt Bidens angekündigte Deeskalation

Moskau. Moskau begrüßt die Ankündigung von US-Präsident Joseph Biden, die Spannungen zwischen beiden Ländern nicht weiter zu verschärfen. Präsident Wladimir Putin habe wiederholt erklärt, dass Russland zum Ausbau der Gespräche bereit sei, wenn andere ebenso dazu bereit seien, sagte Sprecher Dmitri Peskow am Freitag der Agentur Interfax zufolge. Biden hatte zuvor gesagt: »Die USA sind nicht darauf aus, einen Kreislauf der Eskalation und des Konflikts mit Russland einzuleiten«, drohte Moskau aber zugleich mit weiteren Maßnahmen, sollte sich »Russland weiterhin in unsere Demokratie« einmischen. Wegen angeblicher Hackerangriffe und »Einmischung in die US-Wahlen« hatte Washington am Donnerstag zehn russische Diplomaten ausgewiesen und eine Reihe neuer Sanktionen verhängt. (dpa/jW)

## Ministerin: KSK bereit für Afghanistan-Einsatz



Berlin. Die Bundeswehr hält Spezialeinheiten wie das Kommando Spezialkräfte (KSK) für den Einsatz in Afghanistan im »Notfall« bereit. Das erklärte Verteidigungsministerin Anngret Kramp-Karrenbauer (CDU) am Freitag mit Verweis auf eine womöglich erhöhte Gefahrenlage durch den in diesem Jahr geplanten Abzug der deutschen Truppen vom Hindukusch. Spezialeinheiten im KSK und anderen Einheiten wären einsatzbereit, drohte die Ministerin.

Noch am Montag hatte sie im Verteidigungsausschuss des Bundestages ihr Unwissen beteuert bezüglich von Soldaten einbehaltener Munition und der darauf folgenden Rückgabeamnestie des KSK-Kommandanten Markus Kreitmayer (siehe jW vom 13.4.). Am Mittwoch hatte die Ministerin erklärt, die Bundeswehr gemeinsam mit den USA nach nun fast 20 Jahren aus Afghanistan abzuziehen. Die Bundesrepublik stellt in Afghanistan das zweitgrößte Truppenkontingent nach dem der USA. (dpa/jW)

# Intensivmediziner schlagen Alarm

Weiter sinkende Kapazitäten in Kliniken. Bundestag debattiert Pandemiegesetz

Die Krankenhäuser sind an der Belastungsgrenze. Überschritten sei diese noch nicht, »aber viele Kliniken sind kurz davor«, warnte der Präsident der Bundesärztekammer, Klaus Reinhardt, am Freitag. Das gelte für normale Stationen, insbesondere aber für die Intensivmedizin. »Insgesamt bedeutet das für die Krankenhäuser, dass man wieder mehr und mehr andere Eingriffe und Behandlungen zurückfahren muss, um Kapazitäten für Coronapatienten zu schaffen«, erklärte Reinhardt.

In einzelnen Regionen seien »zwar

noch einige Betten frei«, berichtete der Präsident der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI), Gernot Marx, am Freitag in der Onlinesendung »Leben in Zeiten von Corona« des Mannheimer Morgen. Es gebe ihm zufolge jedoch Ballungsgebiete wie Köln, Bremen und Berlin, »wo es richtig knapp wird«. Patienten würden von dort ausgeflogen und konkurrierten in anderen Regionen mit zu Behandelnden etwa mit Herzinfarkten, nach Notfalloperationen und Unfällen. Auf Intensivstationen werden nun 4.740 an Covid Er-

krankte behandelt, wie aus dem Tagesreport des Robert-Koch-Instituts (RKI) vom Freitag mit Daten des DIVI-Intensivregisters hervorgeht.

Entsprechend sieht sich die Bundesregierung von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) derzeit unter Zeitdruck, ihren Entwurf für ein geändertes Infektionsschutzgesetz, das dem Bund die zentrale Kompetenz im Vorgehen gegen die Coronapandemie verleihen soll, erst durch den Bundestag und dann durch den Bundesrat bewilligen zu lassen. Merkel rief in der ersten Debatte am Freitag in Berlin entsprechend zur Eile

bei der geplanten bundesweiten »Coronabremse« auf. Kritik wies Merkel zurück. Ausgangsbeschränkungen seien keine neue Erfindung, sondern bereits jetzt im Infektionsschutzgesetz angelegt. Andere Länder handhabten sie wesentlich restriktiver als Deutschland. Generelle Ablehnung der Pläne signalisierten die Fraktionen von Die Linke sowie von der AfD. Die FDP drohte sogar mit einer Verfassungsklage. Die Verabschiedung durch den Bundestag ist für kommenden Mittwoch geplant. Kurz darauf soll der Bundesrat entscheiden. (dpa/AFP/jW)

jW wird herausgegeben von 2.503 Genossinnen und Genossen (Stand 16.4.2021)  
www.jungewelt.de/lpg

